

www.globale-gleichheit.de

„Irak – Stoppt die Eskalation! Deutsche Unterstützung der Besatzung beenden!“*

Unter diesem Motto protestieren namhafte Völkerrechtler, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Friedensaktivisten gegen die militärische Eskalation im Irak. Vom neu gewählten Bundestag und der zukünftigen Bundesregierung fordern sie ein Ende der Unterstützung von Krieg und Besatzung.

17. Oktober 2005

Irak - Stoppt die Eskalation! – Deutsche Unterstützung der Besatzung beenden!

Weitgehend unbeachtet von den großen Medien führten die US-Truppen Anfang September eine neue Großoffensive gegen die nordirakische Stadt Tal Afar durch. Erneut kamen Hunderte Frauen, Männer und Kinder ums Leben oder wurden verwundet. Die meisten der 200 000 Einwohner sind geflohen. Zuvor waren Samarra, Bakuba, Qaim, Hit, Haditha Opfer ähnlicher Angriffe geworden. Falludscha liegt seit November 2004 in Trümmern.

Dieses brutale militärische Vorgehen heizt die Gewalt weiter an, durch den Einsatz kurdischer und radikal-schiitischer Milizen drohen bürgerkriegsähnliche Zustände.

Wir verurteilen diese Terrorakte der Besatzungstruppen. Ebenso verurteilen wir selbstverständlich auch die Anschläge terroristischer Gruppen auf unbeteiligte Zivilisten. Doch auch diese sind Folge der US-amerikanischen Besatzung, die die Hauptursache für die Probleme im Irak ist und keinesfalls zu ihrer Lösung beitragen kann.

Die Besatzung ist weder durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats noch durch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat rechtmäßig geworden. Statt sie zu beenden und dem irakischen Volk die Organisation seiner Gesellschaft selbst zu überlassen, sowie die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine völlig abhängige Regierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Die Besatzungspolitik vertieft absichtlich die ethnischen, konfessionellen und religiösen Gegensätze in der irakischen Gesellschaft und bedroht die staatliche Einheit des Irak. Die nun vorgelegte neue Verfassung bekräftigt diese Tendenzen. An der Besatzungsrealität selbst wird sie nichts ändern.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen ohne Bedingungen aus dem Irak abzuziehen und Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden zu leisten.

Wir fordern den UN-Sicherheitsrat auf, endlich die gravierenden Verstöße der Besatzungsmächte gegen Menschenrechte, Genfer Konventionen und andere Abkommen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir fordern die Fraktionen des neu gewählten Bundestages und die zukünftige Bundesregierung auf, der politischen, ökonomischen und militärischen Unterstützung dieses Verbrechens – die nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ebenfalls ein „völkerrechtliches Delikt“ ist – unverzüglich ein Ende zu bereiten und auf die Verbündeten einzuwirken, ihre Truppen aus dem Irak zurückzuziehen. Wir fordern Asyl für all jene Soldaten, die sich weigern, im Irak Krieg zu führen.

Erstunterzeichner:

Hans von Sponeck, ehem. Koordinator des humanitären UN-Hilfsprogramms für Irak
Prof. Norman Paech, MdB, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg
Werner Ruf, Prof. em., Gesamthochschule Kassel
Joachim Guilliard, Initiative Internationales Irak-Tribunal ITI, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
Prof. Dr. Gregor Schirmer, Völkerrechtler, Woltersdorf
Prof. Wolfgang Richter, Europäisches Friedensforum, Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., Berlin
Matthias Jochheim, IPPNW, Kooperation für den Frieden, Frankfurt
Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., Bundesausschuß Friedensratschlag, Frankfurt
Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination,
Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund - Deutscher Zweig, Freising
Heidi Scharf, Gewerkschaftssekretärin IGM und Bundesvorstandsmitglied der WASG
Christine Buchholz, Bundesvorstand WASG
Harry Siegert, Gewerkschaftssekretär DGB Rhein-Neckar-Heidelberg, Viernheim
Thomas Immanuel Steinberg, Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Frieden Hamburg
Dr. Johannes M. Becker, Universität Marburg
Hanne Adams, Thüringer Friedenskoordination, Lehrerin i.R., Bedheim
Bettina Müller-Sidibé, Nord Süd Forum, Frankfurt am Main
Dr. Manfred Lotze, IPPNW, Hamburg
Hartmut Drewes, Pastor i.R., Bremen
Wolfgang Kuhlmann, Jurist, FriedensTreiberAgentur, Düsseldorf
Barbara Fuchs, Kulturwissenschaftlerin, Attac Globalisierung & Krieg, Berlin
Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes, Offenbach
Klaus von Raussendorff, Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e.V., Bonn
Bernd Klagge, Bonner Friedensbündnis
Ellen Rohlf, Gush Shalom-Mitglied
Claudia Karas, Aktionsbündnis für einen gerechten Frieden in Palästina
Barbara Heller, Bremen
Dr. Alexander Bahar, Historiker und Publizist, Heilbronn
Dimitri Tsalos, Deutsches Komitee Freier Irak, Köln
Urs Kleinert, attac Berlin
Dr. Ernst Uhl, Bremen
Dr. Brigitta Huhnke, , Hamburg
Bettina Müller-Sidibé, Nord Süd Forum Frankfurt am Main
Ursula Kleinert-Gentz, Bergisch Gladbach
Dr. Hella de Souza, Bremen

Zum Hintergrund und unmittelbaren Motivation des Appells

Zu Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan haben US-Besatzungstruppen im Irak erneut Großoffensiven gestartet. An der irakisch-syrischen Grenze begann die Offensive „Eiserne Faust“. Schwerpunkt der Operation „Flußtor“ waren die Städte Haklanija, Parwana und Haditha in der westirakischen Provinz Anbar. Schwere Bombardements durch US-Kampfflugzeuge unterstützten die Angriffe. Gezielt wurden dabei auch sieben Euphrat-Brücken in Haditha und Haklania zerstört. In vielen Stadtteilen brach die Versorgung zusammen.

Bereits Anfang September vertrieb eine Großoffensive gegen Tal Afar die meisten der 200.000 Einwohner der nordirakischen Stadt. Einige Stadtviertel wurden dabei zerstört, Hunderte Frauen, Männer und Kinder kamen ums Leben oder wurden verwundet. Zuvor waren Samarra, Baqouba, Qaim und Hit Opfer ähnlicher Angriffe geworden.

Die Besatzungsmacht will nach eigenen Angaben damit einen ungehinderten Verlauf des Verfassungsreferendums am 15. Oktober sichern. Es ist jedoch offensichtlich, dass dadurch gerade in den Hochburgen ihrer Gegner eine reguläre Durchführung des Referendums unmöglich wird.

Anfang September schlug die UN-Unterstützungsmission für den Irak, UNAMI, wegen dem Ausbreiten von Todesschwadronen und Folter Alarm. Sie zeigte sich tief besorgt über die wachsende Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen und die exzessive Anwendung von Gewalt durch irakische Polizei, Spezialkommandos und Besatzungstruppen, Massenverhaftungen und die systematische Folterungen auf Polizeistationen. Stark kritisiert wurden auch die umfassenden Militäroffensiven, die zur Vertreibung großer Teile der Bevölkerung führten und den Einsatz illegaler oder geächteter Waffen (UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI), Human Rights Report, 1 July – 31 August 2005, AP-Bericht: UN raises alarm on death squads and torture in Iraq).

Berichte des UN-Generalsekretärs, Amnesty Internationals und des Internationalen Roten Kreuzes zeichnen ebenfalls ein düsteres Bild der Menschenrechtsslage im Irak. Eine statistische Erhebung des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) belegt, wie dramatisch sich auch die Lebensbedingungen seit Kriegsbeginn verschlechtert haben.

So stellt sich knapp zusammengefasst die Situation des Iraks unter Besatzung dar, einer Besatzung, die auch von Deutschland unterstützt wird. Wie das kürzlich ergangene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall des Majors Pfaffs bestätigt, ist die „Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt selbst ein völkerrechtliches Delikt.“ (Auszüge aus dem Urteil u. a. in *junge Welt* vom 10.9.2005)

Nicht nur die militärischen Offensiven, auch der Entwurf einer neuen Verfassung, über den am 15. Oktober abgestimmt werden wird, heizt den Konflikt weiter an.

Wir bitten Sie, unseren Appell zu unterstützen und mit geeigneten Mitteln auf ein Ende der deutschen Unterstützung für Krieg und Besatzung im Irak hinzuwirken.

Wie Sie den Appell unterstützen können

Wer den Appell unterzeichnen möchte, sende eine E-Mail an: Joachim.Guilliard@t-online.de, ein Fax an 06221/168995 oder schreibe an Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg, c/o Joachim Guilliard, Viktoriastr. 48, 69126 Heidelberg.

Siehe auch: http://www.iraktribunal.de/dokus/appell_akt2005.htm

© www.globale-gleichheit.de